Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

9/2016

INHALT

	MAFTSUM	
Aktuell	Rechtsprechung	V
	Terminvorschau des BSG	VII
	Mitteilungen	VII
	Veranstaltungen	IX
Aufsätze und Berichte	R. Pitschas, Abgrenzung der Aufsichtszuständigkeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung gem. Art. 87 Abs. 2 S. 2 GG	321
	S. Deister, Das Potential einer erforderlichen Behandlungsalternative als zentrale Voraussetzung der Anwendbarkeit von Methoden im Krankenhaus	328
	J. Tutschek, Tagungsbericht 16. Deutsch-Österreichische Sozialrechtsgespräche	338
Zur Diskussion	F. Hinrichs, Spezialnorm vor Generalnorm	339
Buchbesprechungen	Buchmann / Hirschkorn, Pflegestufen – beurteilen und widersprechen (R. Schüler)	341
	F. v. Ameln, Grenzen der Dienstleistungsfreiheit im Bereich des Gesundheitswesens unter Berücksichtigung der Patientenrichtlinie 2011/24/EU	242
	(A. Wunder)	342
	· ·	
Rechtsprechung		
Krankenversicherungsrecht	Rückerstattung von Heilbehandlungs- und Krankentransportkosten (BSG Urt. v. 15.12.2015 – B 1 KR 14/15 R – mit Fokus)	343
	Erstattung von Fahrtkosten zu ambulanten Kontrolluntersuchungen (LSG Sachsen-Anhalt Urt. v. 17.12.2015 – L 6 KR 31/13)	345
	Vergütungspauschalen für ambulante Krankenhausleistungen – Geltend- machung für die Vergangenheit	
	(LSG Rheinland-Pfalz Urt. v. 3.3.2016 – L 5 KA 25/15 KL – mit Fokus)	346
	Eintritt der Genehmigungsfiktion (SG Berlin Urt. v. 20.11.2015 – S 36 KR 2345/13)	348
Pflegeversicherungsrecht	Vorrang von Leistungen der Unfallversicherung – Unfall während stationärer	
	Krankenhausbehandlung (LSG Rheinland-Pfalz Urt. v. 4.2.2016 – L 5 P 45/15)	349
Rentenversicherungsrecht	Rückwirkende Aufhebung der Bewilligung einer Witwerrente	
	(BSG Urt. v. 2.11.2015 – B 13 R 27/14 R – mit Fokus)	350
	Abänderung des Versorgungsausgleichs (OLG Nürnberg Beschl. v. 1.2.2016 – 11 UF 1466/15)	353
	Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung – Gesellschafter-Prokuristin mit Sperrminorität	
	(LSG Sachsen Beschl. v. 22.2.2016 – L 1 KR 217/15 B ER) Ausübung einer apothekerlichen Tätigkeit	353
	(SG München Endurt. v. 21.3.2016 – S 15 R 10/16)	353
	NZS 9/2016	Ш

Unfallversicherungsrecht -	Geschäftsordnung einer Schiedsstelle – Internes Regelwerk (LSG Schleswig-Holstein Urt. v. 4.12.2015 – L 8 U 61/13)	353
Grundsicherungsrecht	Vollstreckung aus Vergleich über Berechnungsfaktoren – Berechnung von Leistungen für Teilmonate	
	(LSG Bayern Beschl. v. 15.1.2016 – L 16 AS 251/15 B)	354
	Übernahme eines mit der PKV vereinbarten Selbstbehalts	
	(SG Karlsruhe Urt. v. 10.2.2016 – S 12 AS 715/15)	356
	and a set of the set o	
Vertragsarztrecht	Rechtmäßigkeit einer Gesamtvergütungsreduzierung	
4	(BSG Urt. v. 28.10.2015 – B 6 KA 15/15 – mit Fokus)	356
	Negative Konkurrentenklage gegen ehemaligen Angestellten durch ein MVZ (LSG Berlin-Brandenburg Urt. v. 26.2.2016 – L 24 KA 68/14)	360
Verfahrensrecht	Sachverständigenvergütung – Überschreitung des Vorschusses	
Tarram Gribi Gene	(LSG Schleswig-Holstein Beschl. v. 18.1,2016 – L 5 AR 44/14 KO)	360
£ *	Zurückweisung der Bevollmächtigung – Keine Annexkompetenz eines Renten- beraters für den Bereich der Arbeitslosenversicherung	300
	(LSG Baden-Württemberg Beschl. v. 19.2.2016 – L 8 AL 4856/14)	360
11	-	

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen: **Haufe-Lexware GmbH & Co.KG** und **Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG** und **Verlag C.H.BECK.** Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



ISSN 0941-7915

NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Gerhard Knorr Merseburger Str. 8 a 80993 München Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv. E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion: Karl Habermann, Ltd. MR a. D. Günther Macht, Ltd. MR a. D. André Scharrer, RD

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-598, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 38189-0, Telefax: (089) 381 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2016: Jahresabo € 339,—
(inkl. MwSt.). Vorzugspreis für NJWund NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang)
und Referendare € 309,— (inkl.
MwSt.). Einzelheft € 16,50 (inkl.
MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare
können nur innerhalb von 6 Wochen

nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358, E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis

NZA Editorial



Schriftleitung: *Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch* und *Martin Wildschütz,* Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a.M.

NZA Editorial	
Jens M. Schubert Die neue technische Person – Kollege Maschine?	m
NZA aktuell	
Wichtige neue Entscheidungen	VI
Informationen Impressum	VI XXII
inpressuri	AAII
Aufsätze und Berichte	
Jobst-Hubertus Bauer/Christian Arnold/Ricarda Zeh Widerruf von Arbeits- und Aufhebungsverträgen – Wirklich alles neu?	449
Wolfgang Hamann/Tanja Rudnik Vermeidung von Branchenzuschlägen in der Zeitarbeit durch Zwischenschaltung eines Industriedienstleisters?	455
Stefan Treichel Nochmal: Das Leistungsverweigerungsrecht nach § 275 III BGB im Spannungsfeld von Beruf und Familie	459
Burkard Göpfert/Katja Giese "Vorschläge zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung"	463
Kommentar	
Hans Georg Meier Die Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund im kirchlichen Mitarbeitervertretungsrecht	466
Blick ins Sozialrecht	
Oliver Ricken	
Aufgabe der "Kopf-und-Seele-Rechtsprechung" für die Beurteilung des sozialversicherungsrechtlichen Status von Familienangehörigen	469
Kein Unfallversicherungsschutz bei Sturz im Hotelzimmer	470
Hauptberufliche selbstständige Erwerbstätigkeit von Rentnern	470
Unfallversicherungsschutz bei Hilfeleistungen nach einem Einbruchdiebstahl	470

www.nza.de

Inhalt



Heft 8/2016

25. April 2016 · 33. Jahrgang · Seite 449–512

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	17. 12. 2015 - C-407/14	Abschreckender Schadensersatz wegen Geschlechtsdiskriminierung	471
BAG	22. 10. 2015 – 2 AZR 720/14	Wirksamkeit einer Kündigung nach italienischem Recht – Geltung des § 85 SGB IX bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	473
BAG	22. 10. 2015 - 2 AZR 381/14	Außerordentliche Kündigung mit Auslauffrist wegen langjähriger Strafhaft – Geltung der Zustimmungsfiktion des § 91 III 2 SGB IX	482
BAG	20. 01. 2016 - 6 AZR 782/14	Kündigung "zum nächstzulässigen Termin"	485
BAG	18. 11. 2015 – 5 AZR 751/13	Klausel zur Pauschalvergütung von Überstunden und Sonderformen der Arbeit	487
BAG	20. 01. 2016 - 6 AZR 601/14	Rügen bei Massenentlassung – Präklusion nach § 6 KSchG	490
BAG	18. 11. 2015 - 5 AZR 814/14	Sittenwidrige Arbeitsvergütung – Annahmeverzug	494

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	26. 01. 2016 - 1 ABR 68/13	Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats beim Einsatz von Überwachungskameras	498
BAG	17. 11. 2015 - 1 AZR 938/13	Sozialplanabfindung – Benachteiligung wegen Behinderung	501
BAG	08. 12. 2015 - 1 ABR 83/13	Mitbestimmung des Betriebsrats im Arbeitsschutz	505
KGH-EKD Hannover	19. 10. 2015 — II-0124/10-2015	Gründung einer Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	506

Verfahrensrecht

BAG	17. 12. 2015 - 6 AZR 186/14	Insolvenzanfechtung – Entgeltzahlungen während der Freistellung	508
5710	17. 12. 2013 0 ALK 100/14	msolvenzameentang Entgertzamangen wantena der rielstending	200





BEITRÄGE

Grundrechtliche Fragen von Haftungs- und Schuldenschnitten (Arno Kahl)
(Weiter-)Übertragung von Energie- effizienzmaßnahmen iSd EEffG (Wilhelm Bergthaler/ Kerstin Holzinger) 13–21
Gebotszonengrenzen aus energierecht- licher, wettbewerbsrechtlicher und binnenmarktrechtlicher Sicht (Florian Schuhmacher/Ana Feiler) 22–31

RECHTSPRECHUNG

Die Monopolisierung des Vertriebs von E-Zigaretten aus unions- und verfassungsrechtlicher Sicht (Franz Koppensteiner/Teresa Weber) ... 32-43

LITERATUR

Schwarzer, EEffG. Bundes-Energle-
effizienzgesetz
(Wolfgang Urbantschitsch) 43-44

Wissenschaftlicher Beirat

RA Hon.-Prof. Dr. Wilhelm Bergthaler, Wien Univ.-Prof. Dr. Arno Kahl, Universität Innsbruck Univ.-Prof. MMag. Dr. Barbara Leitl-Staudinger, Universität Linz Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs, WU Wien

Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs, WU Wien Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer, Universität Wien Univ.-Prof. Dr. Fritz Rüffler, Universität Wien Univ.-Prof. MMag. Dr. Eva Schulev-Steindl, Universität Graz Univ.-Prof. Dr. Stefan Storr, Universität Graz



69. Jahrgang 2016 März/April Seite 65–128



Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen	Benecke, Martina, Prof. Dr., Augsburg Arbeitsvertrag und Scheingeschäft	65
	Remy, Patrick, Prof. Dr., Paris Die Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche in Frankreich: Bestandsaufnahme und Perspektive	71
	Reinfelder, Waldemar , Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt Arbeitnehmer – Gesellschafter – Geschäftsführer	87
	Moll, Wilhelm, Dr., Rechtsanwalt, Köln Entgeltumwandlung und Tarifentgelt	97
	Knospe, Armin, Dr., Berlin Wie öffentlich ist das Private im Arbeitsverhältnis oder: Wer schützt bei der Arbeit wen wobei wann warum und vor wem?	101
	Dimsic, Matthias , Rechtsanwalt, Koblenz Rückzahlung von Fortbildungskosten	106
	Wobst, Felix, Dr., Rechtsreferendar, München Mindestlohn und Trinkgeld	110
Besprechungs- aufsatz	Lingemann, Stefan , Dr. Rechtsanwalt und Chakrabarti, Josefine , Rechtsanwältin, Hamburg/Berlin Zur Gleichbehandlung von Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen bei der Entgelterhöhung und zum anzustellenden Gesamtvergleich Besprechung des Urteils BAG v. 3.9.2014 – 5 AZR 6/13	114
Entscheidungs- besprechung	Pallasch, Ulrich, Prof. Dr., Rechtsanwalt, Würzburg Schmerzensgeld und Schadensersatz im Berufsausbildungsverhältnis Anmerkung zu BAG v. 19.03.2015 – 8 AZR 67/14	118
Kurzbeiträge und Informationen	Wank, Rolf, Prof. em., Dr. Bochum Auswirkungen des Mindestlohns auf den Arbeitsmarkt im Jahre 2015	122
	Bock, Christian , wiss. Mitarbeiter, Göttingen Tagungsbericht Dreizehntes Göttinger Forum zum Arbeitsrecht "Wen schützt das Arbeitsrecht?"	123
Schrifttum	Franzen, Martin, Gallner, Inken, Oetker, Hartmut (Hrsg.) Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht (Klaus Bepler)	125
	Preis, Ulrich, Sagan, Adam (Hrsg.) Europäisches Arbeitsrecht, Grundlagen, Richtlinien (Rolf Wank)	126
	Höpfner, Clemens Die Tarifgeltung im Arbeitsverhältnis (Hermann Reichold)	127

→ Editorial	45
Schnell und aktuell	48
Beiträge	
Die gesetzliche Steuerung der Revolution der Massenmobilität Das Elektroauto soll das Fortbewegungsmittel der Masse werden. Seine Verbreitung muss aber durch gesetzliche Regelungen unterstützt werden. Der Beitrag befasst sich mit der Förderung der Errichtung öffentlicher Ladepunkte im Lichte der RL über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (2014/94/EU) und zeigt gleichzeitig Möglichkeiten im österr Recht zur Förderung der Errichtung von privaten Ladepunkten auf. Von Meinhardt Schweditsch	49
Gemeinschafts- und verfassungsrechtlicher Handlungsbedarf im Forstrecht (Teil 1) Nötige Erhaltungsmaßnahmen iSd Fauna-Flora-Habitat-RL sind auch in der österr Rechtsordnung umzusetzen. Gesetzgebung und Vollzug im österr Forstrecht stehen dieser Verpflichtung vielfach (immer noch) entgegen, obgleich der Handlungsbedarf seit über zehn Jahren als hinreichend bekannt vorausgesetzt werden kann. Zu diesen gemeinschaftswidrigen Säumnissen treten nunmehr auch verfassungsrechtliche Bedenken am ForstG hinzu. Diese betreffen die Bindung oberster Organe der Verwaltung an Willenserklärungen Privater sowie die einfachgesetzlich eingeräumte Möglichkeit zur Änderung einer Verfassungsnorm. Von Volker Mauerhofer	57
→ Zur höchstgerichtlichen Rechtsprechung im Umwelt-Verwaltungsstrafrecht 2014	60
Europarecht Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus	
Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus Allgemeines	64
→ Abfall, Biodiversität	65
→ Chemikalien, Energie, Industrie	66
→ Klimaschutz, Lebensmittel, Luftfahrt	67
→ Meere, Verkehr	68
Bundesrecht Bearbeitet von Wilhelm Bergthaler und Robert Hunka	
* Energierecht	68
→ Umweltverträglichkeitsprüfung	69



Landesrecht

Bearbeitet von Wilhelm Bergthaler und Robert Hunka

Dear venet von Wilhelm Derginaler und Robert Hunka	
→ Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol	69
RdU-Leitsatzkartei → RdU-LSK 2016/16-25	70
Rechtsprechung Semmering-Basistunnel: Aufhebung der naturschutzrechtlichen Bewilligung	73

Mit Anmerkung von Erika Wagner

Mit Anmerkung von Gerhard Schnedl

Standards

Staridard5	
→ Impressum	45
→ Veranstaltungen & Seminare	88

Umwelt und Technik

→ Editorial	45
Durchbricht das Weser-Urteil die Rechtskraft? Kritischer Ausblick auf die Auswirkungen der derzeit strengen Auslegung von § 21 a WRG im Zusammenspiel mit § 104 a WRG durch das Lebensministerium unter Berücksichtigung des Weser-Urteils Von Georg Eisenberger und Kathrin Bayer	46
Jetzt aber wirklich: Vorschläge für eine Aarhus-Umsetzung im Wasserrecht Anregungen zur Führung einer lösungsorientierten Diskussion Von Teresa Weber	51
Haftung bei Gebäudeabriss	59
→ Kleinste Teilchen mit großer Zukunft – möglicherweise auch mit großen Gefahren	62

RWZ 4/2016

26. Jahrgang, April 2016



INHALTSVERZEICHNIS

AKTUELLES

Christoph Schlager: InnenfinanzierungsV: Auswirkungen von Umgründungen auf die Innenfinanzierung und Einlagenevidenz

113

Die InnenfinanzierungsV regelt, wie mit der – neu zu evidenzierenden – Innenfinanzierung bei Umgründungen vorzugehen ist. Der Artikel stellt den Begutachtungsentwurf der Verordnung dar und geht kurz auf weiterführende Fragen ein.

GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Christian Hammerl: GemeinnützigkeitsG 2015: Neuerungen im Bereich der Spendenbegünstigung

118

Es werden die durch das GemeinnützigkeitsG 2015 erfolgten Änderungen im Bereich der Spendenbegünstigung sowie das neue Rechtsinstitut der abzugsfähigen Zuwendungen zur Vermögensausstattung von Stiftungen nach § 4b EStG dargestellt.

BILANZSTEUERRECHT

Romuald Bertl/Klaus Hirschler: Tauschbewertung bei Auseinanderfallen der Zeitpunkte der Übergabe der Tauschobjekte

123

JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT

Thomas Wenger: GmbH & Co KG: Haftung des Geschäftsführers der Komplementär-GmbH gegenüber der KG bei Einlagenrückgewähr

125

RECHNUNGSWESEN

Karl Stückler: Latente Steuern in der Unternehmensgruppe nach dem RÄG 2014

130

Bei der Bilanzierung latenter Steuern gem § 198 Abs 9 und 10 UGB ergeben sich bei Vorliegen einer Unternehmensgruppe iSd § 9 KStG diverse Zweifelsfragen. Der Beitrag geht anhand von Praxisbeispielen insb der Frage nach, bei welchem Rechtsträger (Gruppenträger und/oder Gruppenmitglied) die latenten Steuern konkret abzubilden sind.

Viktoria Aust/Gerhard Ritsch: Empirische Evidenz zur Qualität der ATX Prime Corporate Governance-Berichte

135

Diese Arbeit untersucht die Qualität der Corporate Governance-Berichterstattung von 35 ATX Unternehmen für das Jahr 2013. Im Zeitvergleich mit Studien der Jahre 2009 und 2012 ist festzustellen, dass die gesetzlichen Bestimmungen zu einer Verbesserung der Einhaltungspraxis der C-Regeln und somit zu einer vermehrten Akzeptanz des ÖCGK geführt haben.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Barbara Schallmeiner

141

RdE – Recht der Energiewirts

Heft 4-5/2016

A. Beiträge Assmann/Pielow Gutschrift von THG-Einsparungen für die Biokraftstoffquote bei Erzeugung von Biomethan aus Gülle 153 Kermel/Dinter Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende: Das Messstellenbetriebsgesetz im Überblick 158 Schneider/Kirch Rechtliche Rahmenbedingungen für Stromspeicher 165 Herdy Die Länderöffnungsklausel in § 249 Abs. 3 BauGB und ihre Umsetzung in Bayern - Die umstrittene »10H-Regelung« 171 **B. Rechtsprechung BGH** Urteil vom 09.12.2015 - VIII ZR 349/14 Zu Vertragsanpassungen in einem Normsonderkundenvertrag 178 **BGH** Urteil vom 09.12.2015 – VIII ZR 330/12 Zu Preisänderungen in der Grundversorgung 181 **BGH** Urteil vom 15.12.2015 - EnZR 65/14 Zur Anpassung von Netzverträgen nach § 115 Abs. 1 Satz 2 EnWG (Vertragsanpassung) 184 OLG Düsseldorf Beschluss vom 17.06.2015 – VI-3 Kart 190/14 (V) Zur Anzeige der Belieferung von Haushaltskunden nach § 5 EnWG 188 OLG Düsseldorf Beschluss vom 30.04.2015 - VI-5 Kart 9/14 (V) Zum geschlossenen Verteilnetz gemäß § 110 EnWG 197 **OLG Frankfurt** Urteil vom 14.07.2015 - 14 U 154/14 Zur Insolvenzanfechtung 201 OLG Hamm Urteil vom 16.01.2015 - 7 U 42/14 Zum Entschädigungsanspruch nach § 12 Abs. 1 EEG (2012) 206

Zur Zuständigkeit für Auskunftsverlangen in Konzessionierungsverfahren

207

Beschluss vom 16.02.2016 – 7 OB 13/16

Niedersächsisches

OVG

In diesem Heft

Heinz Krejci zum 75. Geburtstag – ein besonderes Festheft (SWK-Redaktion)	645
Schwarpunkt Stauarraform, Freinzanda Angehaffungelagten zu einem Verfinier	
Schwerpunkt Steuerreform: Ergänzende Anschaffungskosten aus einem Kauf eines Mitunternehmeranteils und § 23a EStG (<i>Beiser</i>)	(1.7
Mitantemenineraliteits und § 25d Esta (beiser)	647
Kunst und Kultur: Spendenabsetzbarkeit ab 2016 möglich? (Leserbrief <i>Unger</i>)	649
ranst and rated. Spendendbactabarren ab 2010 mognetic (Leseibhiei onger)	049
Aktionsplan zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs (Weinzierl)	649
	042
EU zieht (fast) alle Register im Kampf gegen Steuervermeidung	652
Zulässigkeit von E-Mails in der BAO? (<i>Rzeszut, Lebenbauer</i>)	654
Zählen Abbrucharbeiten bereits zum Beginn der Errichtung?	659
Einkünftezurechnung höchstpersönlich – altbekannte und neue Probleme (<i>Peyerl</i>)	660
Keine teleologische Reduktion von § 12 Abs 3 Z 3 KStG trotz überschießender Regelung (<i>Laudacher</i>)	665
Wetness I I I A I I Was I I I I I I I I I I I I I I I I I I I	
Keine verdeckte Ausschüttung bei Entnahmen aus dem Verrechnungskonto	667
Nucl Laur Bachnungsanach ift (Turna)	
VwGH zur Rechnungsanschrift (<i>Tumpel</i>)	669
Mehrvorschreibung an Umsatzsteuer als Betriebsausgabe	671
mem vorschiebung an omsatzsteder als bethebsausgabe	671
Rechtsfolgen des Unterbleibens einer mündlichen Verhandlung	672
Accounts of the strength of the mandatenen vernandlang	0/2
Säumniszuschlag und Kontrollverschulden	673
	0,7
Die "unverbrauchbare Sache" als ein Tatbestandsmerkmal des § 33 TP 5 GebG (G. Moser)	674
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	679

- EuGH: Besteuerung von Energieerzeugnissen
- EuGH: Finanztransaktionssteuer
- EuGH: Mehrwertsteuer/Bemessungsgrundlage
- EuGH: Mehrwertsteuer/Rabattkarten
- EuGH: Kapitalverkehrsteuer
- EuGH: Mehrwertsteuer/Steuerlager

Impressum: Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.
Anmeldung unter http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/



Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer

Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, Fax: DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, Fax: DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

4 2016

Pflegeversicherung

Pflegenotstand – Karlsruhe spielt den Ball nach Berlin zurück

BVerfG, Beschluss vom 11.01.2016 - 1 BvR 2980/14

Prof. Dr. Ulrich Wenner

Das Bundesverfassungsgericht hat es abgelehnt, festzustellen, dass die gegenwärtigen staatlichen Maßnahmen zum Schutze der Grundrechte von Pflegeheimbewohnern nicht genügen und der Staat zur Abhilfe und kontinuierlichen Überprüfung verpflichtet ist.

Die Verbesserung der Situation in Pflegeheimen ist ein Anliegen, dessen Wichtigkeit von niemandem bezweifelt wird, Umso bemerkenswerter war es, dass im Jahr 2014 ein Versuch vor allem des Sozialverbandes VdK, unter Berufung auf eine rechtswissenschaftliche Dissertation, das BVerfG in dieser Angelegenheit in Stellung zu bringen, ganz überwiegend auf Ablehnung gestoßen ist (beispielhaft etwa Ulrich Wenner, Soziale Sicherheit 2014, 172). Die stetige Anpassung des Pflegeversicherungsrechts an die aktuellen Bedarfslagen ist Aufgabe des Gesetzgebers, Kritische Beobachter dürften angesichts der Vielzahl neuer gesetzlicher Regelungen allein aus den letzten zwei Jahren nicht bezweifeln, dass der Bundestag sich dieser Aufgabe stellt. Deshalb gehört - sprichwörtlich - der Ball nach Berlin und nicht nach Karlsruhe, dem Sitz des BVerfG.

Verfassungsbeschwerde nicht angenommen

Drei Richter des Ersten Senats des BVerfG haben den Ball zügig wieder abgegeben mit einer Begründung, die sich der VdK bzw. der Regensburger Jura-Professor, der die erwähnte Promotion betreut und die Beschwerdeführer vor dem BVerfG vertreten hat, auch hätten selbst schreiben können.

Die Verfassungsbeschwerde gegen ein - vermeintliches - gesetzgeberisches Unterlassen zur Behebung des »Pflegenotstands« ist nach Ansicht des BVerfG unzulässig. Die Beschwerdeführer können mit der Begründung, vielleicht demnächst einmal vollstati-

onäre Pflege in einem Heim zu benötigen, aktuell keine verfassungsgerichtliche Prüfung erreichen, ob der Gesetzgeber des SGB XI alles vom Grundgesetz Gebotene tut, um für eine möglichst gute Pflegesituation in Heimen zu sorgen. Zudem verweist das BVerfG auf die Möglichkeit der Beschwerdeführer, zwischen verschiedenen Pflegeheimen auswählen zu können, wenn sie denn später einmal auf vollstationäre Pflege angewiesen sein sollten.

Keine konkrete Handlungspflicht des Gesetzgebers

Noch wichtiger ist der zweite Begründungsstrang des Beschlusses. Dieser stellt auf die im demokratisch verfassten Staat selbstverständliche Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers ab. Nur in seltenen Ausnahmefällen lassen sich, so die Verfassungsrichter, dem Grundgesetz konkrete Handlungspflichten des Gesetzgebers entnehmen. Grundsätzlich ist es seine Aufgabe, ein Schutzkonzept zu entwickeln und normativ umzusetzen, und er entscheidet prinzipiell selbst, welche gesetzlichen Regelungen dazu erforderlich sind. Für eine Ausnahme im Sinne einer verfassungsgerichtlich abgeleiteten und inhaltlich näher umrissenen Handlungspflicht des Gesetzgebers haben die Beschwerdeführer im Zusammenhang mit der stationären Pflege nichts Konkretes vorgetragen.

Die Beschwerdeführer hätten zumindest – so das BVerfG – aus ihrer Sicht darlegen sollen, welche Maßnahmen auf der Grundlage welcher Gesetzgebungskompetenz der Deutsche Bundestag und/oder die

Inhalt

1 Pflegeversicherung

BVerfG: Pflegenolstand - Karlsrohn spleit. den Bell nach Berlin zerück

2 Grundsicherung

855: Nuch Umzug sind Wohnkoster neu zu ermitteln

3 Grundsicherung

856: Johcenter mass stenertiche Verinste nicht anrechnen

4 Schwerbehindertenrecht

BSG: Unterstützung bei Promotion dient Einehinderung

5 Krankenversicherung

56 Lehvig, Keine Auffangversicherung für alla £0-Bilrzeit

6 Rentenversicherung

BSG: Haftung der Bank ab Kenntnis vom Ted des Rentners

7 Grundsicherung

Hessisches LSG. Nachhitle arst bei Versetzunesgeführdung

8 Sozialhilfe

RSG: Altenhüle setzt albersbedingte Schwierlebellen vorzus

8 Impressum

Landtage zur Verbesserung der Qualität der Versorgung in Heimen zwingend ergreifen müssen. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der Kompetenzverteilung im Pflegerecht zwischen dem Bund, der für die Pflegeversicherung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG) sowie die Hilfe zur Pflege (auch) in Heimen nach dem SGB XII (Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG) zuständig ist, und den Ländern, die seit der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006 für das Heimrecht verantwortlich sind, nicht eine einzelne gesetzliche Regelung die Pflegesituation verbessern kann.

Los azione

Die neuen gesetzlichen Regelungen zur Pflegeversicherung ab 2013 finden sich in SozSich 1/2013, S. 55-59; 1/2014, S. 36; 2/2015, S. 75-77; 10/2015, S. 349-364 und 1/2016, S. 27 Titelthema

Alterssicherung



Riester-Rente gescheit Abriss oder Sanierung?

137 HANS NAKIELSKI
Riester-Rente im Mittelpunkt der neu entflammten Rentendebatte

137 MARKUS KURTH

Zur Zukunft der privaten Altersvorsorge

und zum Vorschlag der Grünen

143 GERHARD BÄCKER
Runderneuerung der Riester-Rente:
Mehr von der falschen Medizin?

148 Fünf Fragen zur Zukunft der Riester-Rente
AN DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach

149 HEINER FLASSBECK
Das Problem der Verzinsung von Ersparnissen fürs Alter
Eine »kapitalgedeckte« Rente gibt es nicht

»Die Riester-Rente ist gescheitert.« Das meinen mittlerweile selbst Spitzenpolitiker. Die Kernfrage ist nun, ob die staatlich geförderte private Altersvorsorge abgewickelt oder grundlegend reformiert werden sollte. Für Letzteres sind die Grünen. Ihr Vorschlag wird hier vorgestellt. Konträr dazu stellt der daran anschließende Artikel fest: Die Ausweitung der privaten Alterssicherung ist eine »Scheinlösung«. Die Position des DGB erläutert deren Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, Abschließend geht es um ein grundlegendes Manko der privaten Vorsorge: Damit sie funktioniert, muss sich Kapital verzinsen. Doch hier gibt es ein entscheidendes Problem ...

Position 132 WILHELM ADAMY

Gesetz zur Integration von Flüchtlingen:

Wohnsitzauflagen und Ein-Euro-Jobs helfen nicht weiter

Magazin 133 Trotz viel Kritik: »Lebensleistungsrente« soll kommen

134 Personalia

135 Aus der Gesetzgebung

136 Termine

136 Immer weniger PKV-Vollversicherte

Alters- 154 ROLF WINKEL sicherung Rente wird ur

Rente wird um 4,25 % im Westen und 5,95 % im Osten erhöht

Wie wird der Rentenanstieg eigentlich berechnet?

Arbeit 155 WERNER FELDES

Gesundheit Versorgungslücken bei betrieblicher Wiedereingliederung

psychisch Erkrankter

Pflege 158 Markus Lüngen/Andreas Büscher/Andreas Faatz

Bedarf und Bedürfnisse in der Pflege Würden bei einer Pflege-Vollversicherung ungerechtfertigte Mehrbedarfe entstehen?

Recht 162 GRÉGORY GARLOFF

Die problematische Stellung von rechtlichen Vertretern im SGB-II-Verfahren

166 Impressum

Soziale Sicherheit Online

Das Plus für Abonnenten:

- Alle Beiträge ab 1/2014 online
- Leistungsfähige Volltextsuche
- Zeitsparende Kurzfassungen
- · Nützliche Arbeitshilfen
- Links auf externe Quellen Zugangsdaten anfordern auf: www.SozialeSicherheit.de/ registrierung

Psychische Erkrankungen von Arbeitnehmern nehmen stark zu. 40 Tage dauern im Schnitt die Krankschreibungen in solchen Fällen. Zum Ende psychischer Krisen von Beschäftigten gibt es häufig große Probleme bei der Wiedereingliederung in den Betrieb. Worin liegen die Ursachen dafür? Was kann hier besser gemacht werden?





FACHZEITSCHRIF ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERDE

Liebe Leserinnen und Leser!

Die April-Ausgabe der Sozialen Sicherheit bietet eine Reihe von Fachbeiträgen, die das österreichische Gesundheitswesen aus verschiedenen Aspekten zum Gegenstand hat.

Dr. Ingrid Wilbacher (Abt. evidenzbasierte Medizin im Hauptverband) bringt eine Berichtsübersicht zu verschiedenen Health Outcomes in Österreich. Dabei werden die Gesundheitsziele den möglichen Indikatoren zur Outcome-Messung gegenüber gestellt und erhobene Daten aus Österreich sowie im internationalen Vergleich präsentiert. Der Soziologe Univ. Prof. (i.R.) Dr. Rudolf Forster publiziert in dieser Ausgabe den zweiten Teil seiner zweiteiligen Serie zur Bürger- und Patientenbeteiligung im Gesundheitssystem, Diesmal geht es um



eine Bestandsaufnahme für Österreich und die sich daraus ergebenden strategischen Perspektiven. Forster macht dabei drei Grundvoraussetzungen für eine umfassende und kohärente Partizipation geltend: eine breite politische Unterstützung, verbindliche Zusagen für organisatorische und gesetzliche Vorkehrungen und schließlich kooperatives Vorgehen aller Beteiligten. Aber es wird sei-

ner Prognose nach noch bis zu zwei Jahrzehnte dauern, um das skizzierte Szenario zu realisieren.

Einen rechtswissenschaftlichen Beitrag steuert Univ.-Ass. Dr. Birgit Schrattbauer bei, deren gekürzte und geringfügig überarbeitete Stellungnahme zur Rechtsnatur und rechtlichen Verbindlichkeit der Strukturpläne im Gesundheitswesen im Rahmen der SV-Wissenschaft im Heft wiedergegeben wird. Die beiden Planungsinstrumente sind der Österr. Strukturplan Gesundheit (ÖSG) sowie der Regionale Strukturplan Gesundheit (RSG). Die Autorin thematisiert dabei im Besonderen die Zersplitterung der Kompetenzen im Gesundheitswesen sowie die Rechtsverbindlichkeit getroffener Vereinbarungen gegenüber Dritten. Abschließend startet die Soziale Sicherheit ein neues Projekt "SV Europa News" gemeinsam mit dem Büro der Europavertretung der österr. Sozialversicherung in Brüssel. In Quartalsabständen werden nach Möglichkeit regelmäßig in Form eines Magazins für Kurznachrichten die neuesten Entwicklungen in der europäischen Sozialversicherung aufbereitet. Ein Team, bestehend aus Mag. Alexandra Brunner, Dr. Martin Meissnitzer (Ltg.), Mag. Eva Niederkorn und Mag. Peter Wieninger, wird auch in Zukunft dieses Nachrichtenmagazin gestalten.

Impressum

Soziale Sicherheit, 69, Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer; 1030 Wien, Kundmanngasse 21, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 Dw., E-Mail: presse@hvb.sozvers.at • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv "Soziale Sicherheit", Fotolia.com, istockphoto.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Meinhard Heim, 1020 Wien

Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz

Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl, 10 % MwSt, und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich ge-zeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen.

Dr. Wilhelm Donner

Nr. 4, herausgegeben im April 2016



Neue Wege

- 150 Gesundheitsversorgung in Österreich -Studienergebnisse und Kurzinformationen aus 2015 Mag. Dr. Ingrid Wilbacher
- 160 Bürger- und Patientenbeteiligung im Gesundheitssystem Eine Bestandsaufnahme und strategische Perspektiven für Österreich - 2. Teil Univ. Prof. (i.R.) Dr. Rudolf Forster

Rechtspanorama

168 Rechtsnatur und rechtliche Verbindlichkeit der Strukturpläne im Gesundheitswesen Univ.-Ass. Dr. Birgit Schrattbauer

Information

180 Gesundheitsberichterstattung - Wie Österreichs Medien übertreiben MMag. Bernd Kerschner

International

183 Rentenrecht für die Flüchtlinge in Deutschland Manfred Glombik

Chronik

190 Alois Scheibenreif zum 110. Geburtstag Erinnerung an den Obmann der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt Dr. Georg Schwarz

Buchrezensionen

191 Für Sie gelesen

SV Europa

192 News 1/2016

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Inhalt

FORSCHUNG

"Look, the labels of our bottles are consumerdesigned!" The effect of information about consumer-designed labels on liking the labels and purchase intent

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Konsumentenpartizipation auf die Kundenreaktion und Produktbewertung und bietet aufgrund dessen praktische Implikationen für die Praxis.

Einfluss von Preis- und Vertriebsentscheidungen auf den Markenwert

Der vorliegende Beitrag untersucht den Einfluss von Preis- und Vertriebsentscheidungen auf den Markenwert und zeigt mögliche langfristige Auswirkungen der Vertriebsentscheidung auf die gesamte Marke auf.

Prof. Dr. Heribert Gierl 07 Dr. Carolin Stock Universität Augsburg

Tobias Kuntner 18 Universität Hamburg

PRAXIS

Zum Wert internationaler Marken: Kritische Analyse und Studienergebnisse

Die vorliegende Studie über internationale Automobilmarken zeigt erstmals, wie stark sich Markenwerte über Landesgrenzen hinweg unterscheiden.

26

Dr. Michael Müller

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Prof. Dr. Karsten Kilian

Hochschule Würzburg-Schweinfurt Prof. Dr. Dirk Ulrich Gilbert Universität Hamburg

Angewandte Psychologie für Preisschilder: Wie Preisschilder mittels Nutzung psychologischer Effekte wirksamer gestaltet werden können

In diesem Artikel werden anhand konkreter Beispiele praktische Anregungen für die effektive Gestaltung von Preisschildern in unterschiedlichsten Branchen gegeben.

Research Online – Purchase Offline: Ergebnisse einer Studie zum ROPO-Effekt

Dieser Artikel zeigt das Vorkommen des ROPO-Effekts (Research online – Purchase offline) in verschiedenen Produktgruppen auf.

Aktuelle Entscheidungen deutscher Gerichte zum Marken-, **Urheberrecht und Wettbewerbsrecht**

Dieser Beitrag zeigt relevante und aktuelle Urteile aus Deutschland auf. Zusätzlich findet sich ein Kommentar zur Rechtslage in Österreich.

Mag. Roman Kmenta 33 Convince OG

Dr. Wolfgang Mayerhofer 39 Assist.-Prof. Stephan Dickert, PhD Birgit Müller

Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Peter Schotthöfer 45

Dr. Schotthöfer & Steiner Rechtsanwälte

Inhalt



SERVICE

52 Dr. Wolfgang Mayerhofer Mafo-Splitter: Dimensionen des Kaufverhaltens Wirtschaftsuniversität Wien Im Rahmen eines größeren Projekts wurde eine Skala zur Erfassung der Einstellungen zum Kaufverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Onlinebzw. Offline-Kaufverhaltens entwickelt. 54 Eva Marckhgott, MSc **Buch des Quartals** Wirtschaftsuniversität Wien Karmasin, Helene Verpackung ist Verführung Die Entschlüsselung des Packungscodes 55 Literaturservice **News von WWG** 57 58 **News von DWG Editorial** 03 06 Herausgeberbeirat 32 **Impressum**



Wenn's um Bauen und Wohnen geht, ist nur eine Bank meine Bank.

Mit dem Schwerpunkt Bauen & Wohnen – Finanzieren startete Raiffeisen in das Jahr 2016. Hermann Maier ist wieder der Held der Kampagne, die eine Fortführung und Weiterentwicklung der Kampagne der letzten beiden Jahre darstellt. Sie umfasst die Themen "Eigenheimfinanzierung", "Wünsche erfüllen", "Bausparfinanzierung" und "Autofinanzierung". Was all diese Finanzierungsformen gemeinsam haben? Für Raiffeisen ist kein Wunsch zu groß, kein Wunsch zu klein.

Denn Wünsche tauchen manchmal aus dem Nichts auf. Wie zum Beispiel bei Hermann, der mit dem neuerlichen Nachwuchs bemerkt, dass es daheim ein wenig eng wird. Damit es bei der Finanzierung nicht eng wird, dafür sorgt Raiffeisen. Und so schafft sich Hermann sein eigenes Reich, baut seinem Nesthäkchen auch ein Häuschen und richtet sein Herrenzimmer mit Hilfe der Raiffeisen Finanzierungsangebote auch noch stilecht ein.

Im TV-Spot für die Finanzierung genießt Hermann seinen neu gewonnenen Freiraum, aber sein neuer Kumpel, der Tibet-Terrier Mizzi, macht ihm bei der Auswahl des TV-Programms dann doch einen Strich durch die Rechnung.

Die Werbekampagne war bzw. ist in TV, Hörfunk, Print, online und auf Großflächenplakaten on air.

Auftraggeber: Zentrale Raiffeisenwerbung; Kreativagentur: Ogilvy & Mather; Mediaagentur: Mindshare; Film: Sabotage Filmproduktion

529

Aufsätze	_			
Dickmann, Romai Versicherungsso		ftung für ehrena	mtliche Tätigkeit	489
Schultheiß, Tilmai Das Verteilungsv		ch§109VVG in d	ler Vermögensschadenhaftpflichtversicherung	497
Göbel, Jari Holgei				
Der "Regress de der bereicherung			terielle Einwände gegenüber a	505
	21			500
Bücher				508
Literaturhinw	eise			509
		# 83		
Rechtsprec	hung			
Versicherur	ngsaufsic	htsrecht		
Auskunftspfli	cht der Bal	Fin		
BVerwG	4. 11. 2015	(7 C 4/14)	EuGH-Vorlage zur Reichweite des Berufsgeheimnisses (Verschwiegenheitspflicht) der BaFin	511
Versicherur	ngsvertra	gsrecht		
Sämtliche Ver	sicherung	szweige		
OLG München OLG München		(25 U 2870/15) (25 U 2870/15)	Unbedenklichkeit einer Kurzbelehrung zu § 19 Abs. 5 VVG bei konkretem Verweis auf ausführliche Belehrung	515
Lebensversic	herung			
OLG Karlsruhe	19. 1. 2016	(12 U 116/15)	Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung einer Lebensversicherung nach einem Widerspruch gem. § 5 a VVG a. F.	516
OLG Köln	12. 6. 2015	(20 U 199/14)	Kündigung einer Direktversicherung durch Arbeitgeber	518
Krankheitsko	stenversic	herung		
OLG Koblenz	16. 10. 2015	(10 U 583/15)	Pflicht zur Übernahme von Kosten künftiger Heilbehandlungsmaßnahmen durch den Versicherer	520
Unfallversiche	erung			
OLG Brandenburç	g 4. 2. 2015	(11 U 78/14)	Darlegungs- und Beweislast bei posttraumatischer Belastungsstörung nach unfallbedingtem Primärschaden	521
Privathaftpflic	chtversich	erung		
OLG Hamm		(20 U 139/14)	Versicherungsschutz für Brand durch Kfz-Reparaturarbeiten mit einem Schweißgerät	524
Wassersportf	ahrzeugka	skoversicher	ung	
OLG Hamm	20. 5. 2015	(20 U 234/11)	Deckungsausschluss zur Fahruntüchtigkeit des Fahrzeugs bei Fahrtantritt ist verhüllte Obliegenheit	527
Vertriebsred	cht			
Versicherung	smakler			
OLG Hamm	21. 5. 2015	(18 U 132/14)	Prüfungsumfang und Beratungspflichten des Versicherungsmaklers	529

bei Vorliegen eines Maklerauftrags

554

Auslandsrecht (Österreich)

Unfallversicherung

OGH

Haftungsre	cht [*]	7.		
Arbeitsunfall				
OLG Koblenz	25. 9: 2015	(5 W 617/15)	Aussetzung eines Prozesskostenhilfeverfahrens bei von der gesetzlichen Unfallversicherung erfasster Schädigung in Erfüllung eines Werkvertrags	531
Bauvertrag				
BGH	6. 3. 2014	(VII ZR 349/12)	Unternehmer kann auch nach einer Vertragskündigung Stellung einer Bauhandwerkersicherung verlangen	532
Internationale	s Privatre	cht	90	
EuGH	9. 9. 2015	(Rs C-240/14)	Direktklage gegen Luftfahrzeughaftpflichtversicherer bei deutschem Versicherungsvertragsstatut und ausländischem Deliktsstatut	535
Krankenhaus	aufnahme	vertrag		
OLG Köln	9. 9. 2015	(5 U 198/14)	Vergütungsanspruch bei gesetzlich versichertem Patienten nach Kostenübernahmeerklärung durch den Sohn	538
Persönlichkei	tsrecht			
BGH	19. 1. 2016	(VI ZR 302/15)	Zulässiger Boykottaufruf eines Tierschutzvereins zur Kündigung eines Bankkontos eines Tierzüchterverbands	539
Verzug				
BGH	4. 12. 2015	(V ZR 202/14)	Haftung auf Ersatz des Verzögerungsschadens bei Verzug mit der Erfüllung des Zustimmungsanspruchs nach § 888 Abs. 1 BGB	543
Straßenverk	ehr			
Anscheinsbev	/eis			
OLG Düsseldorf	23. 6. 2015	(I-1 U 107/14)	Kein Anscheinsbeweis gegen ein abbiegendes oder wendendes Fahrzeug bei Auffahrunfall	546
Prozessrech	nt			
Gerichtsstand				
BGH	8. 12. 2015	(X ARZ 573/15)	Reichweite des ausschließlichen Gerichtsstands bei falschen Kapitalmarktinformationen	548
Vergleich				
BGH	14. 7. 2015	(VI ZR 326/14)	(Form-)Anforderungen an Vergleichsabschluss im schriftlichen Verfahren	548
Sozialversic	herungsı	recht		
Rückgriff des	SVT			
BGH	8. 12. 2015	(VI ZR 37/15)	Verjährung von (Regress-)Ansprüchen der SVT nach den §§ 110 und 111 SGB VII	551

 $2.\,9.\,2015 \quad \hbox{(7 Ob 132/15 k)} \qquad \text{Ausschluss für Unfälle bei Fahrten auf Rennstrecken}$



09,2016

Jahrgang 69 / 01.05.16 ISSN 0340-9031 / www.wpg.de

Fachlicher Beirat

WP StB RA Dr. Hans-Peter Aicher WP StB Prof. Dr. Frank Beine RA Dr. Andreas C. Hoffmann, LL.M. Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch WP StB Karl Petersen WP StB Dr. Stefan Schmidt WP StB Prof. Dr. Peter Wollmert

IMPULS

Gefährdung des Gemeinwesens

Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Budäus » 477



ASSURANCE

IDW PS 480 und IDW PS 490 – Praktische Anwendungsfälle

Michael Gewehr, Wolfgang P. Böhm, Dr. Janine Harrison und

Dr. Ania Cobmitz Horkondoll

Dr. Anja Schmitz-Herkendell » 481

APAReG: Rückblick auf ein Jahrzehnt APAK

Prof. Dr. Thomas Loy und Maximilian Roestel » 487

RECHNUNGSLEGUNG

Konsolidierungspflicht ohne Stimmrechtsmehrheit?

Prof. Dr. Judith Ehsen-Rühl und -Prof. Dr. Frank Althoff

» 497

Wie beeinflusst die Marktliquidität die Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS?

Prof. Dr. Jens Wüstemann und Michael Iselborn » 507

FINANCIAL SERVICES

Zweifelsfragen beim Übergang auf das Vermögensanlagengesetz 2015

Dieter Gahlen und Hans-Hilmar Bühler

» 515

BRANCHEN

Öffentliches Rechnungswesen: Internationale Standards werden zum "Mainstream"

Prof. Dr. Andreas Bergmann

» 524

STEUERN & RECHT

Einbringung von Betrieben gewerblicher Art der öffentlichen Hand in eine GmbH

Dr. Johannes Hamsch und Dr. Lukas Karrenbrock » 530



Aktuelles aus dem Wirtschaftsverwaltungsrecht

Abweichungen vom Bebauungsplan für Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe

Dr. Alfred Scheidler, Tirschenreuth

Bedürfnis, Bedarf und Nachfrage im Infrastruktur- und Wirtschaftsverwaltungsrecht

PD Dr. Andreas Dietz, Augsburg

Leitfaden – Gründung/Ausgründung – Beteiligung der Handwerksorganisationen an GmbHs im Fokus der Rechtsaufsicht

Dr. Dietmar Buchholz, Hamburg

2/2016

Seite 65 - 152 Gildebuchverlag

Aktuelles aus dem Wirtschaftsverwaltungsrecht

Abweichungen vom Bebauungsplan für Handwerks-, Gewerbeund Industriebetriebe

Dr. Alfred Scheidler, Tirschenreuth

S. 65

Bedürfnis, Bedarf und Nachfrage im Infrastruktur- und Wirtschaftsverwaltungsrecht

PD Dr. Andreas Dietz, Augsburg

S. 101

Leitfaden – Gründung/Ausgründung – Beteiligung der Handwerksorganisationen an GmbHs im Fokus der Rechtsaufsicht

Dr. Dietmar Buchholz, Hamburg

S. 130

Hinweis:

Online ist die Langfassung des hier in einer Kurzfassung abgedruckten Leitfadens von Dr. Buchholz abrufbar unter: www.gewerbe-archiv.de



37. JahrgangHeft 1622. April 2016

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler (Geschäftsführender Herausgeber) Prof. Dr. Reinhard Bork

Prof. Dr. Reinhard Bork Prof. Dr. Wolfgang Lüke Prof. Dr. Hanns Prütting

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen

Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann

Prof. Dr. Georg Bitter

Prof. Dr. Moritz Brinkmann

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris

Prof. Dr. Ulrich Ehricke

Prof. Dr. Horst Eidenmüller

Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer

Prof. Dr. Walter Gerhardt

RA Dr. Burkard Göpfert

Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette

MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel

Prof. Dr. Florian Jacoby

RA/StB Dr. Günter Kahlert

Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser

RA Dr. Bernd Klasmeyer

Prof. Dr. Lars Klöhn

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter

Prof. Dr. Christoph G. Paulus

Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht

Prof. Dr. Carsten Schäfer

Prof. Dr. Christoph Thole

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer

RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH GA: Verlinkung einer Urheberrechtsverletzung rechtens	A 31	Nr. 120
BGH: Haftung des LtdDirektors für Zahlung nach Insolvenz-		
reife	A 31	Nr. 121
BGH zur Eigentümergrundschuld in der Insolvenz	A 31	Nr. 122
BGH: Öffentliche Insolvenzbekanntmachung als Zustellung	A 31	Nr. 123
BGH zur Einrede der Verjährung im Attributsverfahren	A 32	Nr. 124
OLG Hamm zu Dienstvertrag mit Sparkassenvorstand	A 32	Nr. 125
BTag: Novellierung von Finanzmarktvorschriften	A 32	Nr. 126
Personalia	A 32	Nr. 127

Aufsätze

Michael Kleine-Cosack, Freiburg i. Br.	Grundrechtsleerlauf bei juristischen Personen – Insolvenzverwalterbeschluss des BVerfG im Kreuzfeuer der Kritik	741
Daniel Blankenburg, Hannover	Rettung der Insolvenzverwalter-Vorauswahlliste – oder Tod auf Raten?	749

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

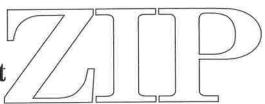
Internet

www.zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht		
BGH 14. 1. 2016 – V ZB 148/14	Keine Titelumschreibung nach Umwandlung einer Kapital-/Personen- handelsgesellschaft in GbR ohne berichtigenden Eintrag im Grundbuch	765
BGH 1. 12. 2015 – 1 StR 154/15	Zur Steuerhinterziehung durch verdeckte Gewinnausschüttung	768
AG 22. 1. 2016 – 99 AR 9466/15 Charlottenburg	Keine Gleichwertigkeit der Beurkundung einer GmbH-Gründung durch Schweizer Notar	770
Vertrags- und Haftungsrecht		
OLG 7. 5. 2015 – 26 U 35/12 Frankfurt/M.	Unternehmenskauf: Haftung bei Verletzung einer Bilanzgarantie	774
Insolvenz- und Sanierungsrecht		
BGH 14. 3. 2016 – 1 StR 337/15 +	Beendigung des Bankrotts durch fortdauerndes Verheimlichen von Vermögen bei Insolvenz einer natürlichen Person erst mit Erteilung der Restschuldbefreiung	778
AG 23. 3. 2016 – 12 IN 149/16 Heilbronn	Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts des vorläufigen Sachwalters für bestimmte Zahlungen des Schuldners	782
Arbeits- und Sozialrecht		
BAG 4. 11. 2015 – 7 ABR 42/13 +	Berücksichtigung der Leiharbeitnehmer beim Schwellenwert des § 9 MitbestG – Art des Wahlverfahrens für den Aufsichtsrat	783
LAG 26. 11. 2015 – 10 Sa 1501/15 Berlin-Brandenburg	Zu den Voraussetzungen eines ordnungsgemäßen Konsultationsverfahrens bei Massenentlassungen in einem Konzernunternehmen (LS)	789
Verfahrens- und Vollstreckungsrecht	æ. s	
BGH 8. 3. 2016 – VI ZR 516/14 +	Unzulässigkeit der Klagen von Gläubigern griechischer Staatsanleihen wegen Umschuldung	789
BGH 25. 2. 2016 – III ZB 66/15 +	Keine Erstattung der Kosten des Rechtsanwalts für die Einreichung einer Berufungserwiderung nach Berufungsrücknahme (LS)	792
OLG 11. 1. 2016 – 34 Wx 416/15 München	Keine Vollstreckung des zur Zwangsvollstreckung aufgrund der Vorschriften über die Rückgewinnungshilfe zugelassenen Geschädigten ohne Vollstreckungstitel (LS)	792

gi.





He raus geber beir at:37. Jahrgang Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel Prof. Dr. Florian Jacoby Prof. Dr. Holger Altmeppen Heft 17 Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann RA/StB Dr. Günter Kahlert 29. April 2016 Prof. Dr. Georg Bitter Prof. Dr. Moritz Brinkmann Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser RA Dr. Bernd Klasmeyer Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris Prof. Dr. Ulrich Ehricke Prof. Dr. Lars Klöhn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter Prof. Dr. Horst Eidenmüller Herausgeber: Prof. Dr. Christoph G. Paulus Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer RA Dr. Bruno M. Kübler (Geschäftsführender Herausgeber) Prof. Dr. Walter Gerhardt Prof. Dr. Carsten Schäfer RA Dr. Burkard Göpfert Prof. Dr. Reinhard Bork Prof. Dr. Christoph Thole Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette Prof. Dr. Wolfgang Lüke Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer Prof. Dr. Hanns Prütting Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen Prof. Dr. Mathias Habersack

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

EuGH: Verbraucherschutz auch im Insolvenzverfahren	A 33	Nr. 128
BGH: Beweislast des Anfechtungsgegners für Zahlungswieder- aufnahme durch Schuldner	A 33	Nr. 129
BGH zum Verschweigen des anfänglichen negativen Marktwerts	A 33	Nr. 130
BGH zur Gewinnverteilung in Ehegatten-Innengesellschaft	A 33	Nr. 131
BGH zur Abweichung von der GasGVV in Gasliefervertrag	A 34	Nr. 132
LG München I: Freispruch für Deutsche Bank-Manager	A 34	Nr. 133
EU zur Transparenz der Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen	A 34	Nr. 134
Citternetimen		

Aufsätze

Matthias Casper, Münster	Die Haftung für masseschmälernde Zahlungen nach § 64 Satz 1 GmbHG: Hat der BGH den Stein der Weisen gefunden?	793
Burkard Göpfert, München/Frankfurt/M.	Business Transformation – die Anpassung des Geschäftsmodells arbeitsrechtlich begleiten	803

Rechtsprechung

Bank- u	nd Kreditsicherungsrecht		
BGH	16. 2. 2016 – XI ZR 454/14 +	Zu Abzugsklauseln – Risikoprämie für ein Sondertilgungsrecht und Bearbeitungsgebühr – bei KfW-Förderdarlehen	810
BGH	16 _{∗°} 2. 2016 – XI ZR 96/15	Unwirksamkeit einer Entgeltklausel für ein unter Verzicht auf Vorfälligkeitsentschädigung eingeräumtes Sondertilgungsrecht in Verbraucherdarlehensvertrag	814

Gesells	chafts- und Kapitalmarktrecht		
BGH	24. 3. 2016 – IX ZB 32/15	Anfechtbarkeit von in Räumen eines verfeindeten Gesellschafters gefassten Gesellschafterbeschlüssen	817
BGH	15. 3. 2016 – II ZR 119/14	Anwendbarkeit des § 64 GmbHG auf Direktor einer Ltd. ("Kornhaas")	821
KG	29. 3. 2016 – 1 W 907/15	Zur Grundbuchberichtigung nach dem Tod eines im Grundbuch eingetragenen GbR-Gesellschafters	822
OLG Düsseld	2. 11. 2015 – I-26 W 7/15 orf (AktE)	Angaben über Zahl der gehaltenen Anteile im Antrag auf Einleitung eines Spruchverfahrens (LS)	823
Vertrag	s- und Haftungsrecht		
BGH	24. 2. 2016 – XII ZR 5/15 +	Zur Annahme eines Vertragsangebots unter Abwesenden	824
Insolve	nz- und Sanierungsrecht		
BGH	24. 3. 2016 – IX ZR 259/13	Zur Verwertung einer zur Masse gehörenden Eigentümergrundschuld durch den Insolvenzverwalter	828
BGH	24. 3. 2016 – IX ZR 157/14	Begründung von Masseverbindlichkeiten durch den Schuldner im Schutz- schirmverfahren nur mit Ermächtigung des Insolvenzgerichts	831
OLG Düsseld	17. 12. 2015 – I-12 U 13/15 orf	Anfechtung des Verzichts eines Gesellschaftsgläubigers auf eine Gesellschaftersicherheit	833
AG Münche		Auskunftsanspruch des Gerichtsvollziehers gegenüber Behörden zur Vermögenslage des nicht mitwirkungsbereiten Schuldners auch im Insolvenzverfahren	835
Arbeits	· und Sozialrecht		
LAG Münche	9. 12. 2015 – 5 Sa 591/15	"Freiwilligenprogramm" zum Personalabbau zusätzlich zu einem Sozialplan	836
BAG	23. 9. 2015 – 5 AZR 146/14 +	Zum Vergütungsanspruch des Arbeitnehmers bei Unmöglichkeit der geschuldeten Arbeitsleistung (LS)	839
Verfahr	ens- und Vollstreckungsrecht		
BGH	14. 1. 2016 – I ZB 50/15	Zuständigkeit des Schiedsgerichts für Schiedsklage trotz Parteivereinbarung über Ausschluss der Klagbarkeit von Ansprüchen im Schiedsverfahren	839
OLG Stuttgart	26. 10. 2015 – 5 U 46/15	Zur internationalen Zuständigkeit für Klage wegen der Erbringung von Finanz- dienstleistungen ohne Erlaubnis (LS)	840

ZfbF

W (with the state of the stat



Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung

Schriftführender Herausgeber Alfred Wagenhofer

Herausgeber
Wolfgang Ballwieser
Marina Fiedler
Karen Gedenk
Andreas Herrmann
Martin Natter
Rainer Niemann
Arnold Picot
Jörg Rocholl
Ulrich Schreiber
Thorsten Sellhorn
Martin Spann
Erik Theissen
Marliese Uhrig-Homburg

Editorial A. Wagenhofer

Eigenkapitalverzehr und Substanzbesteuerung deutscher Unternehmen durch eine Vermögensteuer – eine empirische Analyse

T. Hoppe R. Maiterth C. Sureth-Sloane 3

"Made in?" – Eine Metaanalyse multidimensionaler Country-of-Origin Effekte A.P. Schudey * O. Jensen * N. D. Kraiczy 47

Bewertungsmethoden in der Projektfinanzierung Erneuerbarer Energien. Realoptionsanalyse vs. Kapitalwertmethode C.E. Bannier 75

Supply Chain Management für Dienstleistungsunternehmen – Sind Medizinische Versorgungszentren als Mittel der (Downstream) Supply Chain Integration ein Erfolgsmodell für deutsche Krankenhäuser?

D. Klimpe - L. Kuntz - D. Möller - M. Wittland 111

In Memoriam Helmut Koch W. Mellwig 135

In Memoriam Gertraude Krell G_{*}Schreyögg 139

T. Gudehus. Dynamische Märkte. Grundlagen und Anwendungen der analytischen Ökonomie. W. Eichhorn 143



für Betriebswirtschaft e.V.



April 2016

11. Jahrg.2/2016

Seite 77 - 172



Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht

(Ehemaliger Schriftleiter der ZfWG) zu 10 Jahren ZfWG

172

Inhalt

EuGH, Urt. v. 28.1.2016 - C-375/14 - Laezza

all and a second and			
Editorial		Erfolglose Verfassungsbeschwerde gegen gestoppte	
<i>Dr. Manfred Hecker</i> 10 Jahre ZfWG	77	Vergabe der 20 Sportwettkonzessionen BVerfG, Nichtannahmebeschl. v. 2.2.2016 – 1 BvR 3078/15	132
Aufsätze Prof. Dr. Johannes Dietlein und Sascha D. Peters Unionsrechtliche Anforderungen an den Übergang		Zur Erdrosselungswirkung einer auf den Betrieb von Spielgeräten erhobenen Vergnügungssteuer BVerwG, Urt. v. 14.10.2015 – 9 C 22.14 Anmerkung von <i>Dr. Dirk Uwer, LL.M., und Dr. Martin</i> <i>Radtke, LL.M.</i>	133
zum Konzessionsmodell für die Veranstaltung von Sportwetten nach dem GlüStV 2012	78	Belastungskumulation im regulatorischen Mehr- ebenensystem	139
Prof. Dr. Jörg Ennuschat Bekämpfung der Geldwäsche in Spielhallen	85	Voraussetzungen des Vorliegens eines Präjudiz- interesses bei der Fortsetzungsfeststellungsklage	
Prof. Dr. Marco Mansdörfer Strafbarkeit der Fernseh- und Internetwerbung für		BVerwG, Beschl. v. 17.12.2015 – 8 B 10.15 Aufrechnung mit Insolvenzforderungen gegen	141
unionseuropäische Internetsportwetten und -lotterie- angebote in Deutschland	94	Umsatzsteuererstattungsanspruch BFH, Urt. v. 18.8.2015 – VII R 29/14	145
Prof. Dr. Jens M. Schmittmann Update: Besteuerung von Umsätzen und Gewinnen aus Glücks- und Geschicklichkeitsspielen 2015	97	Verwaltungsgebühr für die Untersagung unerlaubter Glücksspielvermittlung OVG des Saarlandes, Urt. v. 13.1.2016 – 1 A 367/14	148
Dr. Volker Heeg Lotterie-Steuerfalle für Veranstalter von Gewinnspielen	105	Glücksspielrechtlicher Erlaubnisvorbehalt wird nicht durch Unionsrecht suspendiert	
<i>Dr. Walther Michl, LL.M.</i> Das Kohärenzkriterium in der Rechtsprechung des		OVG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 28.1.2016 – 6 B 11140/ 15.0VG	153
Europäischen Gerichtshofs	110	Wirksamkeit der im Rahmen eines Gewinnspiels im Internet eingeholten Einwilligung in die Telefon-	ĸ
Rechtsprechung		werbung sowie in die Cookie-Nutzung OLG Frankfurt am Main, Urt. v. 17.12.2015 – 6 U 30/15	156
Strafrechtliche Konsequenzen der Unionsrechtswidrigkeit eines (faktischen) staatlichen Sportwettmonopols	115	Veranstaltung und Vermittlung von Online-Zweit- lotterien ist nach dem GlüStV verboten	
EuGH, Urt. v. 4.2.2016 – C-336/14 – Ince Anmerkung von <i>Prof. Dr. Hans Kudlich und</i> Dr. Bernd Berberich	115	VG des Saarlandes, Beschl. v. 27.7.2015 – 6 L 1544/14	160
Vorrang des Unionsrechts	126	Leitsätze	160
Zur Unverhältnismäßigkeit einer Pflicht zur unent-		Lettsatze	169
geltlichen Gebrauchsüberlassung der Infrastruktur zur Spielverwaltung und -annahme nach Ablauf der		Zu Guter Letzt	
Konzessionsfrist		Gratulation von Robert Dübbers	

128

Inhaltsverzeichnis

1 // AUFSÄTZE

»	Elektronischer Rechtsverkehr mit Behörden und Gerichten des öffentlichen Rechts – Teil 2 Florian Kronschläger/Sebastian Mauernböck	2
»	Schaffung und Bedeutung von Normen in Österreich und in der EU Elisabeth Stampfl-Blaha	13
»	Die REMIT-VO – Transparenz und Aufsicht über den Energiegroßhandelsmarkt Selma Konar	18
2	// KURZBEITRÄGE	
»	Mangelnde Unabhängigkeit der Regulierungskommission Elisabeth Poltschak	23
»	Neuregelung des Normenwesens Sebastian Mauernböck	25
3	// RECHTSVORSCHRIFTEN UND NORMEN	
»	Energierecht	30
»	Technikrecht	31
»	Normen	38
4	// RECHTSPRECHUNG	
»	Rechtsprechung Energierecht	40
»	Rechtsprechung Öffentliches Technikrecht	43
»	Rechtsprechung Privates Technikrecht	51
5	// LITERATUR	
»	Beiträge zum neuen EEG 2014	57
	Christoph Moench, Marcus Dannecker, Marc Ruttloff (Andreas Hauer)	
»	Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht Matthäus Metzler (Markus-Florian Rummel)	58
»	E-Mobility Eva Weis (Markus-Florian Rummel)	58

Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift für Energie- und Technikrecht

Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Ehricke

Hon.-Prof. Dr. Helmut Hörtenhuber

Univ.-Prof. Dr. Erich Peter Klement

Univ.-Prof. Dr. Barbara Leitl-Staudinger Em.o.Univ.-Prof. Dr. Jörg Mühlbacher Em.o.Univ.-Prof. Dr. Peter Oberndorfer

Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Univ.-Prof. Dr. Martin Schulte Assoz, Univ.-Prof. Dr. Michael Sonntag

D3-242

GESELLSCHAFTSRECHT

UND ANGRENZENDES STEUERRECHT

März 2016 / Nr. 2, Seiten 49-98

Aufsätze

Nochmals zum Gläubigerschutz beim Formwechsel von der GmbH in die AG Heinrich Foglar-Deinhardstein

Judikatur

- 60 Für Beurteilung eines Verstoßes gegen das Verbot der Einlagenrückgewähr ist der "Gesamtplan" maßgeblich (Festhalten an 6 Ob 48/12w) Akzessorietät (von Dritten) gegebener Pfandrechte (OGH)
- Offenlegungspflicht bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geschäftsführern über den Jahresabschluss (OGH)
- 70 Abberufung des Stiftungsvorstands wegen mehrerer einzelner Pflichtverletzungen (OGH)

Firmenbuch-Praxis

Anmeldung der Fortsetzung einer OG nach Auflösung der Gesellschaft durch die rechtskräftige Konkurseröffnung über das Vermögen eines Gesellschafters

Angrenzendes Steuerrecht

- 75 UmgrStG: Rechtsprechungsübersicht 2015 Georg Kofler
- Zwischensteuerentlastung bei Privatstiftungen trotz aufgrund von DBA erfolgter KESt-Entlastung auf Begünstigtenebene möglich (VwGH)
- 88 Sacheinlagen von Mieterinvestitionen und wirtschaftliches Eigentum (VwGH)

Aktuell

93 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Gesetzgebung und Praxis

Herausgeber: Heinz Krejci, Friedrich Rüffler, Lukas Fantur, Georg Kofler



INHALTSVERZEICHNIS

ZIK AKTUELL	41
BEITRÄGE	
Wolfgang Fichtinger: Aufrechnung nach Abschluss eines Sanierungsplans	42
Katharina Widhalm-Budak/Stephan Riel: Aus der Sache volle Haftung?	46
Stefanie Heimel/Thomas Trettnak: Direkte Kompetenz des Masseverwalters zur Firmenänderung ohne Satzungsänderung?	49
Christian Bachmann/Georg Mitteregger: Die Stellung der Massegläubiger bei Insolvenzaufhebung	52
Rudolf Havas/Katharina Neumayr: Die Verfahrenskosten bei der Nachtragsverteilung nach § 138 IO	56
ZIK PRAXIS	
Christof Beste: Die Liquidationsbesteuerung nach § 19 KStG: Praktische Anwendung im Konkursfall sowie bei außergerichtlichen Liquidationen	60
FACHLITERATUR	63
Über ein Belastungs- und Veräußerungsverbot verfügt der berechtigte Schuldner	66
Über ein Belastungs- und Veräußerungsverbot verfügt der berechtigte Schuldner	66
Schuldenregulierungsverfahren und Prozessunterbrechung/-fortsetzung	66
Insolvenz des Unterhaltspflichtigen und außerstreitiges Verfahren über den Unterhalt	67
Nach einem Sanierungsplan nur mehr Aufrechnung mit der Quote	67
Liegenschaftskauf mit Einschaltung eines Treuhänders und Verkäuferinsolvenz	71
Zur Aufhebung wegen Masseunzulänglichkeit/mangelnder Kostendeckung	71
Geschäftsführermehrheit und rechtliches Gehör im Eröffnungsverfahren	71
Ausländisches Insolvenzverfahren und inländischer Eröffnungsantrag	72
Konkursantrag eines Gläubigers aufgrund einer untitulierten Wechselbürgschaftsforderung	72
Rekurs gegen Eröffnungsbeschluss: unzulässige Neuerungen/Zahlungsunfähigkeit/Kostendeckung	73
Entlohnung: Bemessungsgrundlage/Erhöhung	73
Vergleich im Anfechtungsprozess: keine Genehmigungspflicht/Anhörung des Schuldners	74
Eine Hypothek bleibt trotz Sanierungs-/Zahlungsplans bis Zahlung und Löschung voll durchsetzbar	74
Beendigung des Abschöpfungsverfahrens und Rekursfrist	77
(Freiwillige) Abfertigung, Vertragsänderung und Insolvenz-Entgelt	79
Zur Bemessung des Sicherungszeitraums bei Entgeltrückständen	79
Zu Behauptung und Prüfung der Voraussetzungen für eine Nachlassseparation	79
Auch die Kreditgewährung durch "Buchungsvorgänge" verpflichtet zur Rückzahlung	80



Redaktion Helmut Ofner (Chefredakteur), Alina Lengauer Wissenschaftlicher Beirat Hans Hoyer, Michael Schweitzer, Willibald Posch, Manfred Straube Begründet von Fritz Schwind

April 2016

02

Europarecht

Verfassungsgerichtsbarkeit und Beratungsgeheimnis in Deutschland und Österreich Judith Froese und Markus Vašek ● 52

Union Aktuell Alina Lengauer ● 57

Internationales Privatrecht

Das auf die Vererblichkeit von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft anzuwendende Recht (im Hinblick auf die EuErbVO) Evangelos Vassilakakis • 75

Europäisches Privatrecht und Rechtsvergleichung

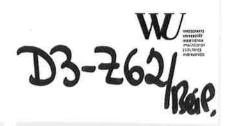
Eine Reminiszenz zur FKVO 2004 Lukas-Sebastian Swoboda ● 81

Das tschechische ZivilprozessrechtPetr Lavický und Eva Dobrovolná ● 89

Rechtsprechung

EuGH → 72

Internationales Privatrecht ● 79



wirtschaftsrechtliche blätter:wbl		vbl		70. Kein Rückersatz von Fortbildungskosten (OGH 27. 1. 2016, 9 Ob A 131/15b)	219
_	oran de state en		•	Unternehmensrecht	
Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrec April 2016 (30. Jahrgang)		ht		71. Verlust der Parteifähigkeit einer Personengesellschaft (OGH 25. 9. 2015, 6 Ob 136/15s)	221
				72. Zur Bestellung eines Stiftungskurators (OGH 26, 11. 2015, 6 Ob 148/15f)	222
М	Mag. Verena Cap, HonProf. Dr. Johannes Stabentheiner	•		73. Zur Beweislast des Lagerhalters (OGH 15. 7. 2015, 3 Ob 125/15a)	223
	eues aus Europa zum Vertragsrecht: Die verbrau-	•	•	Wettbewerbs- und Markenrecht	
chervertragsrechtlichen Vorschläge im Rahmen der digitalen Binnenmarktstrategie (Teil 1) UnivAss. Dr. Birgit Schrattbauer: Anrechnung von nicht rückforderbaren Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf den Entgeltanspruch		177		74. Zur unionsrechtswidrigen Beschränkung der Gewerbeberechtigung eines Rauchfangkehrers auf ein bestimmtes "Kehrgebiet" (OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 3/16v)	223
				75. Einheitlichkeit der Gemeinschaftsmarke und Einwand des älteren Rechts (OGH 27. 1. 2016, 4 Ob 183/15p)	226
		187		Öffentliches Wirtschaftsrecht	
DDr. Franz W. Urlesberger: Europarecht: Das Neueste auf einen Blick Rechtsprechung				76. Vergaberechtliche Geldbußen und Verschulden (VwGH 11. 11. 2015, Ra 2015/04/0073)	227
		193		77. UVP-Feststellungsverfahren und Parteistellung im Veranstaltungsrecht (VwGH 5. 11. 2015, Ro 2014/06/0078)	230
Nr	. 60–82			78. Zur Konkretisierung eines Bescheidspruchs im	
•	Europarecht 60. Kartellrecht: Zum Begriff der abgestimmten			verwaltungsgerichtlichen Verfahren (VwGH 17. 12. 2015, Ra 2015/07/0122)	232
	Verhaltensweise (EuGH 21. 1. 2016, Rs C-74/14)	198		79. Antragsvoraussetzungen im abfallwirtschaftlichen Feststellungsverfahren	233
	61. Markenrecht: Zum Anspruch des Lizenznehmers			(VwGH 17. 12. 2015, 2013/07/0068)	
	wegen Verletzung einer Gemeinschaftsmarke (EuGH 4. 2. 2016, Rs C-163/15)	202		80. Parteistellung im wasserrechtlichen Verfahren (VwGH 17. 12. 2015, 2012/07/0137)	235
	62. Markenrecht: "Benutzen" einer Marke durch einen Dritten iSv Art 5 Abs 1 der RL 2008/95/EG (EuGH 3, 3, 2016, Rs C-179/15)	203		81. Wiedereinsetzung im VwGH-Verfahren (VwGH 20. 1. 2016, Ra 2015/04/0098)	235
	63.–66. Weitere Urteile (Kurzinformation)	206		82. Antragslegitimation im UVP-Feststellungsverfahren	236
•	Arbeitsrecht			(VwGH 27. 1. 2016, Ra 2015/05/0083)	
	67. Diskriminierende Kündigung eines Behinderten (OGH 26. 11. 2015, 9 Ob A 107/15y)	213			
	68. Vordienstzeitenanrechnung – keine Altersdiskriminierung (OGH 21. 12. 2015, 9 Ob A 76/15i)	215	Impi	ressum 236	

69. Einstufung im Kollektivvertrag für Bäckergewerbe 218

(OGH 27, 1, 2016, 9 Ob A 124/15y)

Gedruckt auf säurefreiern, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

Mit Beilage wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Jurist.,...,2 Blätter

Heft 4 April 2016 138. Jahrgang

Aufsätze	
UnivProf. Dr. h.c. Paul Oberhammer: Massefreies Vermögen in der Insolvenz eines Bundeslandes?	209
UnivAss. Dr. Gabriel Kogler: Befristete oder unbefristete Schenkungsanrechnung: Wer ist pflichtteilsberechtigt iS der §§ 782, 783 ABGB nF?	220
assoz. Prof. Dr. <i>Elias Felten</i> : Rechtsprobleme der Reihungskriterien-Verordnung	235
Rechtsprechung	
Verfassungsgerichtshof	
Verfassungswidrigkeit der Wortfolge "Entziehung der Gewerbeberechtigung" in § 26 Z 2 lit c VGWG (VfGH 25.11.2015, G 403/2015)	243
Ordentliche Gerichte – Zivilsachen	
Kein Anspruch auf Zivilteilung einzelner Nachlasssachen vor Einantwortung (OGH 19.01.2016, 2 Ob 41/15s)	245
Kein Herausgabeanspruch des Eigentümers gegen den Käufer (OGH 15.12.2015, 4 Ob 180/15x)	248
Besetzung von Kassenplanstellen: Differenzierung zwischen Wahl- und Vertragsärzten (OGH 19.03.2015, 1 Ob 35/15a)	250
Verwahrung eines Kfz im Rahmen eines Werkvertrags: Beweislastverteilung bei Haftung für "verschuldeten Zufall" iS des § 964 ABGB (OGH 29.10.2015, 8 Ob 33/15h)	252
Vergleich mit Gesellschaft: Schadenersatzansprüche gegen Geschäftsführer erfasst? (OGH 26.11.2015, 6 Ob 200/15b)	254
Lärmbeeinträchtigung durch Anlagen am Dach des Hauses als Veränderung iS des § 8 Abs 2 MRG (OGH 30.10.2015, 5 Ob 176/15s)	255

Zum genehmigungsfähigen aliud und zum Entfall der Rügeobliegenheit nach § 377 Abs 5 UGB (OGH 21.10.2015, 2 Ob 78/15g)	256
Zerrüttungsverschulden nach § 61 Abs 3 EheG: Bindung an Feststellungen aus abweisender Entsche dung über eine Scheidungsklage nach § 49 EheG (OGH 16.10.2015, 7 Ob 112/15v)	i- 262
Kein Aussageverweigerungsrecht bei Gefahr einer disziplinarrechtlichen Verfolgung (OGH 29.09.2015, 8 Ob 23/15p)	264
Vor der Familiengerichtshilfe geschlossene Ruhensvereinbarung / Nichtigkeit bei meritorischer Entscheidung des Gerichts zweiter Instanz über einen unzulässigen Rekurs (OGH 16.10.2015, 7 Ob 143/15b)	266
Besetzung von Kassenplanstellen: Sicherung des Anspruchs auf Unterlassung der Anwendung unsachlicher oder gesetzwidriger Reihungskriterien durch Unterlassungsgebot (OGH 18.06.2015, 1 Ob 108/15m)	267
Strafsachen	
Amtsmissbrauch durch falsche Bestätigung über die Meldung des Erwerbs einer Waffe (OGH 08.06.2015, 17 Os 4/15i)	269
Befangenheit und Schädigungsvorsatz beim Amtsmissbrauch (OGH 09.04.2015, 17 Os 53/14v –	
a. UnivProf. Dr. Gerhard Muzak)	270
Korrespondenz	
Korrespondenz zu OGH 4 Ob 83/15g (em. RA Mag. Dr. <i>Till Hausmann</i>)	273
Literatur	275
Impressum 276	

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

wohnrechtli 33-2435 winder with the state of the state of

wohnrechtliche blätter

Heft 4 April 2016 (29. Jahrgang)

S. 119-159

Aufsatz

Univ.-Prof. Dr. Andreas Vonkilch Anwendbarkeit des Verbotes der mittelbaren Diskriminierung durch bauliche Barrieren ab 1. Jänner 2016 auch bei Bestandsgebäuden: Auswirkungen auf bestehende Mietverhältnisse

Veranstaltungsbericht

Matthias Knoll, Marco Scharmer B.A.

IWD – Richtwert, Lagezuschlag und Befristungsabschlag
am Prüfstand des Verfassungsrechts – Fällt das
Richtwertsystem in Österreich?

Rechtsprechung Nr. 37-52

• MRG

- 37. Keine Duldungspflicht des Vermieters bei einer wesentlichen Veränderung am Mietgegenstand aufgrund einer allenfalls aufgezwungenen Mietergemeinschaft (OGH 23. 11. 2015, 5 Ob 218/15t – Univ.-Ass. Mag. Daniel Tamerl)
- **38.** Eintrittsrecht naher Angehöriger; Notwendigkeit der Bekanntgabe der Abtretung der Mietrechte bei einem vertraglich vereinbarten (unbeschränkten) Weitergaberecht (OGH 20. 1. 2016, 3 Ob 247/15t)
- **39.** Durch unsachgemäße Installation herbeigeführte Gefährdung der Substanz des Hauses als erheblich nachteiliger Gebrauch iSd § 30 Abs 2 Z 3 MRG (OGH 23. 10. 2015, 6 Ob 192/15a)
- **40.** Kündigung wegen Nichtbenützung der Wohnung (OGH 23. 10. 2015, 6 Ob 172/15k) 135

WEG

- **41.** Zum (negativen) Erfordernis "baulich verbunden" zur Begründung von WE-Zubehör (OGH 21. 12. 2015, 5 Ob 196/15g) 136
- **42.** Abberufung des Verwalters wegen seiner vorbereitenden Tätigkeit im Zusammenhang mit der Neufestsetzung von Nutzwerten (OGH 24. 3. 2015, 5 Ob 11/15a RA Dr. Eva Maria Hausmann)

ABGB

119

129

133

134

1:35

- **43.** Gänzliche Überwälzung der Erhaltungskosten auf den Bestandnehmer im EKZ gröblich benachteiligend (OGH 18. 12. 2014, 2 Ob 20/14a)
- **44.** Abgrenzung der Bittleihe zum Mietverhältnis bei Übernahme der Kosten für notwendige und nützliche Aufwendungen sowie Arbeitsleistungen durch den Gebrauchsberechtigten (OGH 25. 1. 2016, 5 Ob 257/15b)
- **45.** Reichweite des Vertrags mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter (OGH 19. 11. 2015, 2 Ob 195/15p) 143

142

46. Zur Passivlegitimation der Eigentümergemeinschaft gemäß § 1319 ABGB und zur Haftung des Vermieters für einen ordnungsgemäßen Zugang zum Bestandobjekt (OGH 16. 10. 2015, 7 Ob 148/15p)

Grundbuchsrecht

- **47.** Zur Frage, wie im Grundbuchsverfahren Firmenbuchbzw Handelsregistereintragungen in ausländischen elektronischen Datenbanken nachzuweisen sind (OGH 19. 6. 2015, 5 Ob 96/15a Öffentlicher Notar Univ.-Doz. Mag. DDr. Ludwig Bittner) 145
- **48.** Zur Frage, ob auch für die Streitanmerkung nach § 66 GBG der Antragsteller in einem dinglichen Recht verletzt sein muss (OGH 14. 7. 2015, 5 Ob 103/15f)
- **49.** Zur Frage, ob in den Legalisierungsvermerk auch das Geburtsdatum des Antragstellers aufzunehmen ist (OGH 14. 7. 2015, 5 Ob 78/15d Öffentlicher Notar Univ.-Doz. Mag. DDr. Ludwig Bittner) 149

Zeitschrift für Wirtschafts-

35. Jahrgang | Heft 4 | 15. April 2016



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Kartellordnungs		ek und der Grundsatz des Fairen Verfahrens nach	129
Rechtsanwalt (E	AfStrR, FAfStR) Björn Krug, Mainz	/ Rechtsanwalt Dr. Christoph Skoupil, Frankfurt a.M. delikte im Wirtschaftsstrafrecht	137
V	<i>er Mitarbeiter Dr. Fabian Stam, Un</i> verhältnis zwischen Geldwäsche un	iversität Potsdam d Hehlerei	143
Aufsätze in Z	eitschriften und Festschrifte	1	
	AfStrR) Prof. Dr. Björn Gercke, Köl öpfung	n	147
Entscheidung	en		
BVerfG	11. 1.2016 – 2 BvR 1361/13	Unzulässige Wohnungsdurchsuchung	149
BGH	11.11.2015 – 2 StR 299/15	Konkurrenzen bei Urkundenfälschung	151
BGH	3.11.2015 – 4 StR 403/15	Unbillige Härte beim Verfall	152
BGH	26.11.2015 – 2 StR 144/15	Untreue des Rechtsanwalts	152
BGH	5. 8.2015 – 2 StR 172/15	Vorenthalten von Arbeitsentgelt	153
BGH	23.11.2015 - 5 StR 352/15	Vorteil großen Ausmaßes	155
BGH	27.10.2015 – 1 StR 373/15	Steuerhinterziehung in großem Ausmaß	157
BGH	28.10.2015 – 5 StR 189/15	Unerlaubtes Erbringen von Zahlungsdienstleistungen (Anm. Weiß)	160
BGH	23.11.2015 - NotSt (Brfg) 5/15	Neutralität des Notars (LS)	161
BGH	23. 9.2015 – 2 StR 434/14	Besorgnis der Befangenheit	161
BGH	11. 1.2016 – 1 StR 435/15	Verschulden des Verteidigers	163
BGH	10.12.2015 – 3 StR 163/15	Unzulässige Revision der Staatsanwaltschaft	164
BFH	17.12.2015 – V R 58/14	Verjährungshemmung durch Steuerfahndungsprüfung	165
LG Göttingen	19. 1.2016 – 5 Qs 3/15	Geldstrafe und Insolvenzanfechtung	167
OLG Celle	11. 1.2016 – 13 W 58/15	Zeugnisverweigerungsrecht und Verfolgungsgefahr (LS)	168
wistra aktuel	I		
Rechtsprechungs	vorschau		II
Aktuelle Rechtsp	orechung in Kürze		III
Aktuelle Nachric	chten		V
lierungsgesetz	ntsmodernisierungsgesetz mit Veror zes; Entwurf eines Gesetzes zur Rat	dnungsentwürfen; Entwurf eines Ersten Finanzmarktnovel- ifizierung des Strafrechtsübereinkommens des Europarats	XI

wistra 4/2016



ZZP 129. Band · Heft 1 · 2016 · Seiten 1-130 · ISSN 0342-3468

Inhalt

Abhandlungen Prof. Dr. Herbert Roth Die Zukunft der Ziviljustiz..... 3 Prof. Dr. Jürgen Stamm Zum Verzicht auf die Streitgegenstandslehre im Sinne einer Rückbesinnung auf die materiellrechtlichen und prozessualen Ausgangsfragen – Ein Vorschlag zur Harmonisierung von nationalem und Europäischem Prozessrecht..... 25 Dr. Christoph Andreas Weber Das Vortragsverwertungsverbot im Zivilprozess und im FamFG-Verfahren.... 57 Prof. Dr. Jordi Nieva-Fenoll Das Prinzip der Rechtskraft und seine Mythen 89 Rezensionen Cappelletti (Chief Editor): International Encyclopedia of Comparative Law, Volume XVI: Civil Procedure (Prof. Dr. Christoph A. Kern, 109 Flöther: Handbuch zum Konzerninsolvenzrecht (Dr. Anne Deike Riewe).... 120 Mordasini-Rohner: Gerichtliche Fragepflicht und Untersuchungsmaxime nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Dr. Madeleine Tolani, LL.M. (Golden Gate University)) 121 Wais: Der Europäische Erfüllungsgerichtsstand für Dienstleistungsverträge – Zur Auslegung des Art. 5 Nr. 1 lit. b 2. Spiegelstrich EuGVO

(Prof. Dr. Markus Würdinger/Dr. Silja Collet).....

125

Zak 7/2016

12. Jahrgang, 26. April 2016





IN ALLER KÜRZE	123
A)	
THEMA	
Verena Cap: Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren	124
Christoph Kronthaler: Negativzinsen – eine erste Einschätzung	128
GESETZGEBUNG	
Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 21. 4. 2016)	131
RECHTSPRECHUNG	
» FAMILIENRECHT	
Adoptionsbewilligungsverfahren – nur beschränkte Parteistellung der leiblichen Kinder und früher angenommenen Wahlkinder	132
Abweisung des Kontaktrechtsantrags wegen der ablehnenden Haltung des mündigen Kindes	132
Verminderung des Kindesunterhalts wegen hoher Kontaktkosten	132
Wegweisung aus der Ehewohnung wegen eines vom Antragsteller mitprovozierten Verhaltens	133
Verschollen im syrischen Bürgerkrieg – keine Todeserklärung bereits nach einem Jahr	133
» SACHENRECHT	
Keine Löschungsklage des Grundeigentümers gegen die vereinbarungswidrige Übertragung des Superädifikats	134
» ERBRECHT	
Vertretung des Nachlasses in Prozessen durch den Separationskurator oder die Erben?	134
» SCHULDRECHT	
Partnervermittler hat den tatsächlichen Zugang der Partnervorschläge beim Kunden nachzuweisen	135
Keine Zustimmungsfiktion ohne Deckung durch eine vorhandene und wirksame Grundvereinbarung	135
Missbräuchliche Abbuchung – Aufhebung des Berichtigungsanspruchs des Kunden durch seine Schadenersatzpflicht	136
Verjährung eines Wiederkaufsrechts	136
» MIET- UND WOHNRECHT	
Ausdehnung der Erhaltungspflicht des Vermieters auf Gesundheitsgefährdungen erfasst auch Altverträge	137
Keine Erhaltungspflicht des Vermieters für lockere Wandfliesen	137
Wohnungseigentum an Abstellplatz für einspurige Kraftfahrzeuge	138

Keine Gewährleistung des Wohnungsverkäufers für nichtige Wohnungseigentumsbegründung

138

Zak 7/2016

INHALTSVERZEICHNIS

 SCH	T A 1	TEN	IDDO	СЛТ	77

Verdienstentgang des Alleingesellschafters einer GmbH	
Amtshaftung – Regresspflicht der Erben des vor Schadenersatzleistung verstorbenen Organs	139
»VERFAHRENSRECHT	
Keine Ersatzzustellung an einen Heimbetreuer	139
Vermutung der Rechtzeitigkeit des Rechtsmittels	139

LITERATURÜBERSICHT

140

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL-M. Hofrat des OGH Univ-Prof. Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag, Wolfgang Kolmasch E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt, LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe RELX Group, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Alberto Sanz de Lama | Unbeschränkt haftender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien i Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.; Reed Elsevier Aust verhältnisse: Alleiniger Geseinschafter der Orac Geseilschafter der Reed Messe Salzburg ra GmbH, Am Messesentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V. Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: RELX Group pic, 1-3 Strand (http://www.relxgroup.com/aboutus/Pages/Home.aspx), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | Gesellschafter der RELX Group plc: RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | Gesellschafter der RELX PLC: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der RELX NV: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.: RELX Group plc (100 %) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2016 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheitpreis 2016: 15 €; Jahresabonnement 2016: 242 € inkl, MWSt bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten i Bank-verbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest, ISSN 1996-2428

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Viktoria Safer-Eckert, BA 1030 Wien, Marxergasse 25 Tel. +43-1-534 52-1121, Fax DW 146 E-Mail: viktoria.safer-eckert@lexisnexis.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-0 | Fax DW 141 E-Mail: kundenservice@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr 1030 Wien, Marxergasse 25 Tel. +43-1-534 52-1116. Fax DW 144 E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at http://lesen.lexisnexis.at/zs/zak/ mediadaten.html

Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Unbeschadet des § 37a UrhG räumt der Autor mit der Einreichung seines Manuskriptes dem Verlag für den Fall der Annahme das übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm etc) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, einschließlich des Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG) und sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) in allen Sprachen ein. Mit der Einreichung von Beiträgen von Arbeitsgruppen leistet der Einreichende dafür Gewähr, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Übertragung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind. Mit dem vom Verlag geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Aufgrund der Honorierung erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinen des Beitrags folgenden Kalenderjahres (§ 36 UrhG). Für die Verwertung durch Datenbanken gilt dieser Zeitraum keinesfalls

Beiträge, die ausschließlich Online erscheinen, werden derzeit wie Beiträge, die im Print publiziert werden, abgerechnet. Der Verlag behält sich vor, das Abrechnungsmodell für reine Online-Publikationen, die ab 2016 eingereicht werden, umzustellen.

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Inhalte, die exklusiv digital veröffentlicht werden.